

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

---

**Nr. 8** **München, den 30. April** **2024**

---

| Datum     | Inhalt   | Seite |
|-----------|--|-------|
| 25.3.2024 | Bekanntmachung des <b>Zweiten Staatsvertrags zur Änderung des IT-Staatsvertrags</b><br>02-26-D   | 66    |
| 9.4.2024  | Verordnung zur Änderung der Bayerischen Urlaubs- und Mutterschutzverordnung<br>2030-2-31-F   | 70    |
| 11.4.2024 | Verordnung zur Änderung der Meldedatenverordnung<br>210-3-2-I  | 71    |
| 11.4.2024 | Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze<br>86-8-A/G  | 72    |
| 28.3.2024 | Hinweis auf die Veröffentlichung der Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung<br>vom 27. März 2024 im Bayerischen Ministerialblatt vom 28. März 2024 Nr. 151<br>2015-1-1-V | 73    |

---

02-26-D

## **Bekanntmachung des Zweiten Staatsvertrags zur Änderung des IT-Staatsvertrags**

**vom 25. März 2024**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat mit Beschluss vom 13. März 2024 (Drs. 19/713) dem im Zeitraum vom 20. November bis 31. Dezember 2023 unterzeichneten Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend bekannt gemacht.

München, den 25. März 2024

**Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei**

Dr. Florian H e r r m a n n

### **Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags**

Das Land Baden-Württemberg,  
der Freistaat Bayern,  
das Land Berlin,  
das Land Brandenburg,  
die Freie Hansestadt Bremen,  
die Freie und Hansestadt Hamburg,  
das Land Hessen,  
das Land Mecklenburg-Vorpommern,  
das Land Niedersachsen,  
das Land Nordrhein-Westfalen,  
das Land Rheinland-Pfalz,  
das Saarland,

der Freistaat Sachsen,  
das Land Sachsen-Anhalt,  
das Land Schleswig-Holstein und  
der Freistaat Thüringen  
sowie  
die Bundesrepublik Deutschland (im Weiteren „der Bund“  
genannt)  
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

**Artikel 1****Änderung des  
IT-Staatsvertrags**

Der IT-Staatsvertrag vom 30. Oktober bis 30. November 2009 (BGBl. 2010 I S. 662), der durch Staatsver-

trag vom 15. bis 21. März 2019 (BGBl. I S. 1126) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Präambel wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Die Verwaltungsdigitalisierung hat sich dabei als Daueraufgabe etabliert, die nur im föderalen Verbund erfolgreich bewältigt werden kann und die einen wesentlichen Beitrag für die digitale Transformation der Bundesrepublik leistet.“

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

- aaa) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Verwaltungsleistungen“ die Wörter „und kann aus dieser Zusammenarbeit resultierende Digitalisierungslösungen betreiben lassen“ eingefügt.

- bbb) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„4. steuert Produkte des informations- und kommunikationstechnisch unterstützten Regierens und Verwaltens und föderale, auch mehrjährige Projekte für die Verwaltungsdigitalisierung;“

- ccc) Nach Nummer 4 werden folgende Nummern 5 und 6 eingefügt:

„5. kann kurzfristig bund- und länderübergreifend einsetzbare digitale Lösungen für bestimmte Lebensbereiche zur Verfügung stellen oder projektieren;

6. verantwortet das föderale IT-Architekturmanagement;“

- ddd) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 7.

- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Konferenz“ die Wörter „der Chefin oder“ und nach dem Wort „den“ die Wörter „Chefinnen und“ eingefügt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

- aaa) In Nummer 1 wird das Wort „der“ durch die Wörter „die oder der“ ersetzt.

- bbb) In Nummer 2 werden nach dem Wort „jeweils“ die Wörter „eine oder“ und nach dem Wort „Informationstechnik“ die Wörter „zuständige Vertreterin oder“ eingefügt.

- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „ihre“ die Wörter „Vertreterinnen oder“ eingefügt.

- cc) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Drei Vertreterinnen oder Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände, die von den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene entsandt werden, die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie die Präsidentin oder der Präsident der FITKO können an den Sitzungen des IT-Planungsrats beratend teilnehmen.“

3. In § 2 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Bürgern“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Der IT-Planungsrat kann beschließen, alle Regelungen des Gründungsbeschlusses in die Satzung der FITKO zu überführen und den Gründungsbeschluss außer Kraft zu setzen. Hierzu bedarf es der Zustimmung aller Mitglieder des IT-Planungsrats.“

- b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

5. In § 6 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „die“ die Wörter „Beamtinnen und“ eingefügt.

6. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „von“ die Wörter „einer Präsidentin oder“ eingefügt.

- bb) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Wörter „Sie oder er“ ersetzt.

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „Der“ durch die

Wörter „Die Präsidentin oder der“ ersetzt.

- bb) In Satz 3 wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der“ ersetzt und werden nach dem Wort „beruft“ die Wörter „eine Vertreterin oder“ sowie nach dem Wort „Fall“ die Wörter „ihrer oder“ eingefügt.
7. In § 8 werden nach dem Wort „jeweiligen“ die Wörter „Vertreterinnen oder“ eingefügt.
8. § 9 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „ihrer“ die Wörter „dauerhaften und temporären“ eingefügt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Die Vertragspartner verpflichten sich, für Projekte nach § 1 Absatz 1 Nummer 4 Mittel in angemessener Höhe zur Verfügung zu stellen. Bis zu 15 Prozent dieser Mittel können durch den IT-Planungsrat für digitale Lösungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 5 nach Aufstellung und Genehmigung des Wirtschaftsplans bestimmt werden. Darüber hinaus wird mit jeder Aufstellung des Wirtschaftsplans auch die Höhe dieser Mittel jeweils für die folgenden drei Jahre geplant.“
- c) In Absatz 3 Satz 3 werden nach dem Wort „Konferenz“ die Wörter „der Chefin oder“ und nach dem Wort „den“ die Wörter „Chefinnen und“ eingefügt.
- d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „für einzelne Projekte oder Produkte“ gestrichen.
- bb) In Satz 3 werden das Komma und die Wörter „ohne die auf das Digitalisierungsbudget entfallenden Beträge“ gestrichen.
- cc) In Satz 4 werden die Wörter „über das Digitalisierungsbudget nach Absatz 2 zu finanzierenden Projekte und Produkte“ durch „Finanzierung der Projekte nach Absatz 2“ und wird die Angabe „35“ durch „25“ ersetzt.
- e) Absatz 7 wird aufgehoben.
9. In § 12 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Beamten“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten“ und das Wort „Versorgungsempfängern“ durch die Wörter „Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern“ ersetzt.

## Artikel 2

### Bekanntmachungserlaubnis

Der Bund und die Länder können den Wortlaut des IT-Staatsvertrags in der am Tag des Inkrafttretens nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt und in den jeweiligen Landesgesetzblättern bekannt machen.

## Artikel 3

### Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte Ratifikationsurkunde bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt wurde. Sind bis zum **30. November 2024** nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird dieser Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt Bund und Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde mit.

Für das Land Baden-Württemberg

Stuttgart, den 19.12.23

K r e t s c h m a n n

Für den Freistaat Bayern

München, den 22.12.2023

M. S ö d e r

Für das Land Berlin

Berlin, den 07.12.23

K a i W e g n e r

Für das Land Brandenburg

Potsdam, den 27.11.2023

D i e t m a r W o i d k e

Für die Freie Hansestadt Bremen

Bremen, den 21.12.23

A. B o v e n s c h u l t e

|                                      |                         |                                    |                                   |
|--------------------------------------|-------------------------|------------------------------------|-----------------------------------|
| Für die Freie und Hansestadt Hamburg |                         | Für das Saarland                   |                                   |
| Hamburg, den 19. Dezember 2023       |                         | Saarbrücken, den 21.12.23          |                                   |
|                                      | T s c h e n t s c h e r |                                    | Anke R e h l i n g e r            |
| Für das Land Hessen                  |                         | Für den Freistaat Sachsen          |                                   |
| Wiesbaden, den 20.11.23              |                         | Dresden, den 19.12.2023            |                                   |
|                                      | B o r i s R h e i n     |                                    | M i c h a e l K r e t s c h m e r |
| Für das Land Mecklenburg-Vorpommern  |                         | Für das Land Sachsen-Anhalt        |                                   |
| Schwerin, den 31.12.2023             |                         | Magdeburg, den 21.12.23            |                                   |
|                                      | S. O l d e n b u r g    |                                    | R e i n e r H a s e l o f f       |
| Für das Land Niedersachsen           |                         | Für das Land Schleswig-Holstein    |                                   |
| Hannover, den 27.11.2023             |                         | Kiel, den 21.12.2023               |                                   |
|                                      | S t e p h a n W e i l   |                                    | G ü n t h e r                     |
| Für das Land Nordrhein-Westfalen     |                         | Für den Freistaat Thüringen        |                                   |
| Düsseldorf, den 28.12.23             |                         | Erfurt, den 13.12.2023             |                                   |
|                                      | H e n d r i k W ü s t   |                                    | B o d o R a m e l o w             |
| Für das Land Rheinland-Pfalz         |                         | Für die Bundesrepublik Deutschland |                                   |
| Mainz, den 29.11.2023                |                         | Berlin, den 21.12.2023             |                                   |
|                                      | M a l u D r e y e r     |                                    | N a n c y F a e s e r             |